

Bringt das Jahr 1980 die Entscheidung?

Eigentlich ist schon alles gesagt. Trotzdem müssen wir immer wieder jede Gelegenheit nutzen, um den Politikern in Wiesbaden und Bonn und den Herren bei der FAG zu sagen: Wir kapitulieren nicht!

Die Bürger unserer Stadt wissen:

Die geplante Startbahn/West würde das letzte intakte Waldgebiet unseres Raumes zerstören; weitere Grundwasserabsenkung und Klimaverschlechterung wären zu erwarten;

Lärm und Luftverschmutzung würden zunehmen; ein einzigartiges Erholungsgebiet ginge verloren.

Das weiß man auch in Wiesbaden; das weiß man auch in Bonn.

Dort kennt man auch die Stimmung der Bevölkerung. Dort hat man die Demonstrationen und Großkundgebungen registriert. Man weiß von den 30.000 Unterschriften der Bürgerinitiative und von den Tausenden Unterschriften, die in Wiesbaden bereits abgegeben wurden.

Aber man will die Startbahn trotzdem bauen.

Warum?

Wer will die Startbahn/West?

Lesen wir, was die Politiker sagen: Holger Börner (SPD), Hessischer Ministerpräsident:

„Die Konzentration von Industrie und Banken ist untrennbar mit dem Flughafen verbunden.“

Heinz Herbert Karry (FDP), Hessischer Wirtschaftsminister:

„Frankfurt wäre nicht der größte Bankenplatz ohne den Flughafen.“

Walter Wallmann (CDU), Oberbürgermeister von Frankfurt:

„Der Flughafen muß ausgebaut werden, sonst geht die Industrie weg.“

Man sieht, der Ausbau dient vor allem den großen Industriegesellschaften im Ballungsgebiet Rhein-Main. Die Ausbauforderer in den Konzernetagen interessiert dabei das Umland wenig, sie haben persönlich jederzeit die Möglichkeit, sich in waldreichen Gebieten niederzulassen. Man sieht aber auch, die Startbahn/West wird politisch von den drei Bundestagsparteien gefordert — sie tragen dieses Gesellschaftssystem, in dem der Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht.

An diesen Tatsachen ist nicht zu rütteln.

Vorschläge, die auf dem Tisch liegen

Seit Monaten werden von den Gegnern der Startbahn/West Vorschläge gemacht, die belegen, daß sich auf dieser Seite keine weltfremden Maschinenstürmer und keine „St.-Florians“-Aktivisten befinden. Ernsthafte Bürger machen ernsthafte Vorschläge, z.B.:

1. Es ist ein Trend zum Frachtcharter zu verzeichnen. Diese und andere reinen Frachtflugzeuge müssen außerhalb der Spitzenzeiten abgefertigt werden.
2. Luftfahrtsgesellschaften, die keine Anbindung an den internationalen Flugverkehr benötigen, werden nicht zusätzlich nach Frankfurt als Basis geholt.
3. Zu den Spitzenzeiten wird nur Linien- und Charterverkehr zugelassen. Alle anderen Flugzeuge müssen diese „Stoßzeiten“ meiden.

4. Bis zu 15 Prozent des Verkehrsaufkommens entstehen durch die US-Basis (363 Hektar groß), also durch militärischen Verkehr. Diese Basis muß von den US-Streitkräften geräumt werden. Das schafft zusätzlich Platz für einen eventuellen Ausbau des Terminals und eine günstigere Nutzung der beiden Bahnen. Unverantwortlich, wenn die Amerikaner jetzt auf dem Nebenflugplatz Wiesbaden-Erbenheim 150 Großhubschrauber stationieren wollen. Die 70.000 Flugbewe-▷



Immer wieder tauchen in der Stadt oder außerhalb, Schilder oder handgemalte Plakate auf, die belegen, wie Bürger auch spontan gegen die Startbahn/West auftreten.

▽ gungen pro Jahr, die von hier ausgehen würden, sind eine große Gefahr für die Sicherheit des Luftverkehrs und die Menschen um den Rhein-Main-Flughafen.

5. Die Manager-Jets der Großkonzerne sollen Rhein-Main nicht mehr benutzen. Entsprechende gesetzliche Regelungen werden getroffen.

Der subventionierte Unsinn

Bei allen solchen Vorschlägen winkt die FAG ab. So ist man überhaupt nicht bereit darüber zu diskutieren, die US-Air-Base zu verlegen. Die Manager-Jets, so sagte man uns, sollen jetzt höhere Landegeühren bezahlen. (Als, wenn das die Generaldirektoren schrecken könnte.) Bei den kleinen Fluggesellschaften wird sogar noch ausgebaut. („Kleinvieh macht auch Mist“.)

Täglich landen Kleinflugzeuge mit irgendwelchen Direktoren von Münster, Hof, Bayreuth und Saarbrücken. Die neue Fluggesellschaft „Flight-Travel-Service“ kommt sogar zweimal täglich (zur Hauptverkehrszeit) von Paderborn mit einer 18-Sitzplätze-Maschine nach Frankfurt.

Subventioniert wird der Unsinn auch noch, jeder Platz mit über 200 DM, mit Steuergeldern. Ironisch könnte man anmerken: „Weil aus dem stockkonservativen Paderborn die Herren Manager ab und zu das Frankfurter Nachtleben besuchen wollen.“

Wie weiter?

Es zeigt sich, die Startbahn/West-Befürworter in der Vorstandsetage der FAG, in Wiesbaden und Bonn, kümmern sich einen Dreck um die Meinung der Bevölkerung, die den Lebensraum erhalten will.

In den Parteizentralen der SPD, CDU und FDP sieht man das Engagement ihrer Mitglieder „vor Ort“ sicher gar nicht so ungern. Damit, so werden sie denken, bleiben sie wählbar.

Viele aktive Startbahn/West-Gegner suchen neue Wege, einige wollen es mit den „Grünen“ versuchen. Aber auch das würde von den Startbahn-Befürwortern sicher gern gesehen, denn dies wäre das Ende der Bürgerinitiativen. Starke, überparteiliche Bürgerinitiativen, bei denen jeder mitarbeiten kann, werden letztlich den Ausschlag geben.

Im Namen des Volkes

Die Landesregierung und alle, die die Startbahn/West wollen, zeigen sich z. Zt. zuversichtlich und gelassen: „Das Gericht wird entscheiden“ heißt es. Man will keine politische Entscheidung, man will einen Gerichtsbeschluss, als Rückhalt.

Das heißt, ein fernes Gericht soll entscheiden; ihm liegen Fakten vor, die 10 Jahre alt sind.

Die ökologische Gesamtbelastung unseres Raumes (Caltex, Merck, Hoechst, Biblis, Biebesheim usw.) steht dort nicht zur Debatte. Es wird nicht zur Diskussion stehen, daß unser Raum in Hessen an dritter Stelle der Frühinvalidität steht.

Wir sagen es deshalb jetzt schon deut-

lich, ein Urteil für den Bau der Startbahn wäre nicht im „Namen des Volkes“ gesprochen.

Neue Formen des Widerstands entwickeln

Es ist sicher, die Ausbaueegner werden nur gehört werden, wenn sie ihre Arbeit ausdehnen und ihre Argumente einigvortragen.

Die Bürgerinitiativen müssen deshalb ▷



In Mörfelden fotografiert: Zum Jahreswechsel beschriftete die DKP diese Großtafel. Eine Inschrift, die Programm ist: „Auch 1980 gemeinsam gegen die Startbahn/West“.

gestärkt werden. Hier gibt es zweifellos noch viele Möglichkeiten, wenn man an die vielen Vereine oder an die Kirchen denkt. Alle wären betroffen, wenn erst einmal betoniert würde. Aber es muß auch über andere und neue Formen nachgedacht werden.

Im Umland des Flughafens gibt es zweifellos viele aufrechte Gegner der Startbahn/West bei der SPD, CDU und FDP. Von diesen Bürgern wird man bald ein wenig mehr „Männerstolz vor Königsthronen“ verlangen müssen. Wenn ihre Parteioberen weiter den Ausbaukurs steuern, dann sollten Parteibücher zurückgegeben werden. Sonst wäre in Zukunft der Vorwurf nicht zu vermeiden, daß ihre Haltung, eine in den Partei-Zentralen nicht ungerne gesehene, Alibi-Funktion hat.

Darüber gibt es noch viele erwägenswerte Möglichkeiten, wirksame Zeichen zu setzen. Bei einer Zuspitzung könnte man durchaus überlegen, ob nicht die Stadtverordneten geschlossen zurücktreten könnten. Ebenso könnte ein Wahlboykott den SPD-, CDU- und FDP-Managern zeigen, wie ernst es den Bürgern und Parteien vor Ort ist.

Wirksam wäre es auch, wenn andere Gegner der Startbahn zurücktreten würden. An der Spitze wäre hier Landrat Blodt zu nennen. Aber auch die Bürgermeister Brehl, Diehl und andere sollten sich angesprochen fühlen.

Nicht zuletzt sind viele andere gewaltlose demokratische Möglichkeiten denkbar. Bei einer Zuspitzung muß der Platz besetzt werden. Jeder Baum, der gefällt werden soll, muß verteidigt werden. Selbstverständlich darf man das nicht nur den jungen Leuten überlassen. Künftig muß man auch die Kommunalpolitiker danach beurteilen, ob sie dabei sind. Die DKP im Kreis Groß-Gerau, ihre Stadtverordneten, ihre Mitglieder werden jedenfalls bei allen Aktionen mitmachen.

Bringt das Jahr 1980 die Entscheidung?

Es ist wahrscheinlich, daß in diesem Jahr eine Entscheidung fällt. Wir alle sind aufgerufen, dafür einzutreten, daß unsere Heimat bewohnbar bleibt. Kapitulierte wird nicht.



UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Verkauf
Jeden
Samstag
am
Rathaus!

Bürgerbefragung

Die DKP-Fraktion stellte jetzt folgende Anfrage:

„Besteht die Möglichkeit, daß sich die Stadt Mörfelden-Walldorf an noch festzulegende Flughafenanliegergemeinden wendet, mit dem Ziel, an einem noch festzulegenden Sonntag dieses Jahres, alle Bürger über ein JA oder NEIN zur Startbahn/West abstimmen zu lassen?“

Sollte keine Übereinkunft mit den betreffenden Städten und Gemeinden zu erzielen sein, könnte dann Mörfelden-Walldorf noch in diesem Sommer alle Wahlberechtigten zur Abstimmung in Wahllokalen aufrufen?

Sollten rechtliche Probleme auftauchen, ist dann die Möglichkeit vorhanden, daß die Parteienaktionsgemeinschaft eine solche Befragung in städtischen Räumen durchführt und ggf. die Wahlmaschinen benutzt?“

In der Begründung der Anfrage heißt es:

„Es zeigt sich, daß die Startbahn/West-Befürworter gelassen den Kasseler Gerichtstermin abwarten. In Kassel werden Richter zu befinden haben, denen neuere Fakten über die ökologische Gesamtbelastung unseres Raumes

und kein genaues Bild der Stimmungslage der Bevölkerung vorliegen. Wir sind der Meinung, daß über den Bau der Startbahn/West vor allem politisch entschieden werden muß. Eine Abstimmung in Wahllokalen ermöglicht es, Bürger zu mobilisieren und der Landesregierung sowie dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof ein exaktes Bild der Bürgermeinung zu übermitteln.“

IG Bau-Steine-Erden Mörfelden-Walldorf gegen die Startbahn

Die Vorstände der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden der Ortsverbände in Mörfelden und Walldorf legen großen Wert auf die Feststellung, daß sie sich entschieden von dem Pro-Startbahn-Beschluß der IG BSE in Frankfurt/Main distanzieren. Mit Befremden stellen sie fest, daß sich der Bezirksverband nur einseitig bei der FAG informiert hat. Die Betroffenen aus dem Umland wurden weder befragt noch hinzugezogen. Die IG BSE Mörfelden-Walldorf stellte sich eindeutig auf die Seite der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn/West des DGB-Kreis Starkenburg, sowie hinter die Beschlüsse der kommunalen Gremien.

Sind die Gatex-Arbeiter „Bummler“?

Aus dem bayerischen Schwandorf erhielten wir dieser Tage einen Zeitungsausschnitt aus der „Mittelbayerischen Zeitung“.

Hier konnte man lesen, daß sich die Firma Gatex, in Mörfelden wegen ihrer ungelösten Umweltprobleme gut bekannt, dort, in Wackersdorf, niederlassen will.

An sich nichts berichtenswertes. Aber, was der Gatex-Boß, Richard Gallina, dort auf einer Pressekonferenz aussagte, sollte man doch nicht verschweigen. Gallina, dem man in Wackersdorf ausserordentlich den Hof macht, verspricht natürlich einiges. So, vor allem 100 Arbeitsplätze bis 1981, gute Löhne, gutes Betriebsklima (ob Gatex das Klima dort insgesamt beeinträchtigt, wird sich zeigen).

Reichlich unverschämt aber wird Gallina, wenn er von Mörfelden spricht. So würde ihm die „wenig industriefreund-

liche Kommunalpolitik“ bei uns zu schaffen machen. Außerdem beklagt er die „Bummelei“ der hiesigen Arbeiter und hofft, daß er in Bayern eine „andere Auffassung“ bei den Arbeitskräften vorfindet. Insgesamt ist der Artikel überschrieben mit „Bessere Arbeitsmoral für Verlagerung mitentscheidend“. Wir sind sicher, daß sich auch die bayerischen Kollegen von diesem Herrn nicht alles gefallen lassen. Auch dort lebt man nicht mehr im vergangenen Jahrhundert. Vor allem aber sollten die Wackersdorfer Kollegen wissen, welche Firma sich da niederläßt. Sie sollten die Klagen der Mörfelder Gatex-Anwohner, über die ständigen Belästigungen durch Staub und Dreck kennen. Ebenso scheint es ganz gut, wenn die hiesigen Gatex-Verstöße gegen die Bauordnung in Wackersdorf bekannt würden. Denn schließlich gibt es ja ein paar Gründe, wenn diese saubere Firma hier einige Probleme hatte.

Afghanistan

Das Land gehört zu den 25 ärmsten der Erde. Ganze 12 % seines Territoriums gelten als landwirtschaftlich nutzbar. Bis vor zwei Jahren besaßen 0,2 Prozent der Grundbesitzer die Hälfte des bebauten Bodens. 36 Prozent der Landbevölkerung waren völlig landlos und als Pächter oder Landarbeiter der Willkür der Großgrundbesitzer ausgeliefert. 85 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten. Ein Gesundheitswesen gab es nur in Kabul, der Hauptstadt, wo 80 Prozent der insgesamt 1000 Ärzte arbeiteten.

Als sich das Volk in einer revolutionären Erhebung im April 1978 von seinen Feudalherren und ihren politischen Statthaltern befreite, wurden die wichtigsten Probleme des Landes sofort angepackt. Die Schulden der landarmen und landlosen Bauern bei den privaten Geldverleihern wurden annulliert, eine umfangreiche Landreform wurde eingeleitet, in einem ersten Fünfjahrplan wurde eine Vielzahl von Investitionsvorhaben festgelegt, erste Maßnahmen zur Sicherung einer unentgeltlichen gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung wurden ergriffen. Besonders intensiv waren die Bemühungen, den Analphabetismus zu überwinden. So wurden in ca. einem Jahr mehr als 600 Schulen und Hochschulen eröffnet, 5000 bisher arbeitslose Hochschulabsolventen konnten als neue Lehrer gewonnen werden. Die Regierung verfolgt das Ziel, jedem Bürger eine kostenlose Grundschulbildung zu ermöglichen.

Daß sich die alten Unterdrücker mit dieser Entwicklung nicht abfinden wollten und wollen, liegt auf der Hand. Sie versuchten in der Folgezeit, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen und suchten dabei selbstverständlich nach Verbündeten. Als diese drängten sich natürlich die USA in den Vordergrund. Vor allem nach dem Sturz des Schah-Regimes im Iran zeigten sie ein gesteigertes Interesse, ihre vorgeschobenen Posten gegen die UdSSR in diesem Bereich zu erhalten. Sie intensivierten ihre militärische Unterstützung für die Konterrevolution in Afghanistan, versorgten sie mit Waffen und Geld und ließen in formell als Flüchtlingslager bezeichneten Zentren in Pakistan bewaffnete Gruppen ausbilden. So wurde z.B. ein Putsch in der afghanischen Stadt Herat unmittelbar

nach dem Gespräch eines Anführers der Konterrevolutionäre im USA-Außenministerium ausgelöst.

Daß die afghanische Volksregierung solchen ständigen bewaffneten Aggressionsakten nicht tatenlos zugesehen hat, wird ihr jetzt zum Vorwurf gemacht von denen, die diese Aggressionen begangen oder doch zumindest unterstützt haben. Zur Unterbindung der von ausländischen Territorien ausgehenden Terrorüberfälle hat die rechtmäßige afghanische Regierung die Sowjetunion um Hilfe gebeten, die diese ihr gewährte. Dies hat den Frieden in dieser Region sicherer gemacht. Wenn nun in Politikerreden und Massenmedien daraus eine Gefährdung des Weltfriedens gemacht wird, ist die dahinterstehende Absicht erkennbar. Es soll abgelenkt werden von der eigenen aggressiven Politik der Hochrüstung. Denn wer war es, der erst vor wenigen Wochen den Beschluß über den Bau und die Stationierung neuer, millionenfachen Tod bringender Atomraketen gefaßt hat? Wer hat eine der größten Seekriegsflotten an den Küsten des Mittleren Ostens zusammengezogen, um sie gegen den Iran und die Ölfelder zu richten? Wer stellt 100.000 Mann-starke Eingreiftruppen gegen die Völker der Karibik, des Nahen und Mittleren Ostens auf? Wer bejubelt den Überfall Chinas

auf Vietnam und hilft den Pol-Pot-Banditen gegen das Volk von Kambodscha auf die Beine?

Wer rüstet das rassistische Südafrika mit atomarmilitärischer Technologie aus und meuchelte in Chile die Demokraten?

Und wer will nun Pakistan und vielleicht bald auch noch China mit Waffenbergen überhäufen, um seine aggressiven Absichten dann doch noch durchzusetzen?

Der Imperialismus gibt keine Fußbreite Boden ohne Kampf auf, dies ist die wahre Ursache für die gegenwärtige Verschärfung des politischen Klimas in der Welt. Er will sich nicht damit abfinden, daß mehr und mehr Völker ihre eigenen Wege gehen und sich der Bevormundung entziehen und kann dies doch nicht verhindern. So werden wieder Parölen des kalten Krieges getrommelt, versuchen einflußreiche Kräfte eine Neuaufgabe der „Politik der Stärke“ durchzusetzen. Doch eine Lehre aus der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts sollten alle Demokraten gezogen haben: daß es für die Völker im Interesse des Friedens keine Alternative zur Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz gibt und daß Kriegshysterie nur den rechtesten Kräften nützt.

Keine neuen Atomraketen in unserem Land!

Die neuen Spannungen in der Welt fingen nicht mit Afghanistan an. Es begann in Brüssel und vorher. Das wissen viele. Leider wissen aber immer noch zu wenig Bürger in unserem Land, was die NATO-Beschlüsse bedeuten.

Gegen den Willen von Millionen friedliebender Menschen in ganz Europa, auch gegen Einwände von Regierungen einiger NATO-Länder, hat der NATO-Ministerrat in Brüssel den Beschluß über die Produktion und Stationierung von neuartigen amerikanischen Atomraketen in Westeuropa durchgedrückt.

Die verhängnisvollen Folgen sind unübersehbar: Der Beschluß untergräbt den Entscheidungsprozess, der seit einem Jahrzehnt den Frieden in Europa sicherer machen half. Er leitet eine neue Runde des gefährdenden Wettrüstens mit Atomwaffen in Europa ein. Er schürt gefährliche Spannungen in den Beziehungen zwischen Ost und West. Er zeugt von der illusionären Absicht, mit der Sowjetunion aus einer „Position der Stärke“ zu verhandeln. Durch den Atomraketenbeschluß von Brüssel wächst die Gefahr, daß die Bundesrepublik in eine Starttrappe für amerika-

nische Atomraketen, die auf die Sowjetunion gerichtet sind, verwandelt wird. Im Ernstfall wäre die Bundesrepublik der Gefahr von Gegenschlägen ausgesetzt. Der Raketenbeschluß erhöht damit das Risiko der völligen atomaren Vernichtung der Bundesrepublik.

Über diese gefährlichen Folgen und Konsequenzen kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die NATO-Verantwortlichen den Atomraketenbeschluß mit einem sogenannten Verhandlungsangebot gekoppelt haben, das die Öffentlichkeit über die Verantwortung der NATO für die forcierte Hochrüstung täuschen soll. Die NATO will nach der Methode handeln: erst aufrüsten, dann verhandeln. Dieser Kurs ist mit den Interessen der Völker, des Friedens und der Sicherheit unvereinbar.

Im Kampf gegen die Verwirklichung des Brüsseler Raketenbeschlusses geht es um Fragen von Sein oder Nichtsein. Wenn die friedliebenden Bürger unseres Landes, Kommunisten und Sozialdemokraten, Christen und Parteilose, wenn alle, die Frieden und eine gesicherte Zukunft wollen, gemeinsam handeln, dann können die gefährlichen NATO-Vorhaben durchkreuzt und verhindert werden.

Milieu

„Hervorragender Haushalt für Waffenproduzenten“ (New York Times), „Neue Ökonomie des kalten Krieges“ (Business Week), die Rüstungsindustrie als „Hauptnutznießer“ und die geplante Interventionsarmee als „Goldgrube“ der militärischen Ausrüster (New York Times).

Das sind einige Schlagzeilen aus amerikanischen Zeitungen dieser Tage. Rüstungsaktien stiegen in wenigen Tagen um 40 Prozent. Das „Milieu für militärische Auftragnehmer“ ist günstig, heißt es weiter.

Das ist Carters Milieu. Dafür Abend für Abend sein sorgenzerfurchtes Gesicht im Fernsehen. Der kalte Krieg ist gut für Millionäre. Die Millionen sind die Milleugeschädigten.

Es wird schon was geboten

Die Stadt Mörfelden-Walldorf gibt sich seit langem Mühe, ein gutes Kulturprogramm aufzustellen. Darin finden wir viele Vorschläge, auch die der DKP-Fraktion.

Dabei zeigt sich, wer den Bürgern etwas bieten will, der muß auch Geld dafür anlegen. So ist der Kulturetat in den letzten Jahren folglich in die Höhe geklettert. Kultur ist nicht billig. Doch dieses Geld scheint uns gut ausgegeben. Als am 21. Januar 1980 Gisela May in der Stadthalle gastierte, brauchten die Bürger nur DM 5,- anzulegen. Normalerweise bezahlt man für einen Chanson-Abend des Weltstars Gisela May oft das Fünffache.

Anspruchsvolles Theater gibt es im März, dann gastiert die Badische Landesbühne mit „Mutter Courage“.

Im April gibt es Kabarett mit Helmut Ruge und im Mai gastiert die „Katakomben“ mit ihrer vielgelobten Heinrich-Heine-Revue. Ebenfalls im Mai gibt es den „Ball der Vereine“, ihm folgen im Sommer und Herbst eine Komödie, ein großes Konzert im Rahmen des Kreises der Musikfreunde. Geplant in der Vorweihnachtszeit: Hans Baur, „Die Heilige Nacht“ von Ludwig Thoma, Franz-Josef Degenhardt wird gastieren, verschiedene Autoren werden aus ihren Werken lesen. Das Wiesbadener Staatstheater wird spielen und vor allem wird es auch wieder Kindertheater geben. Man sieht, für jeden etwas. Wenn man dazu noch betrachtet, welche große Kulturarbeit in den vielen Vereinen unserer Stadt geleistet wird, dann kann man sagen: „In unserer Stadt wird etwas geboten“.

Betroffene Hunde bellen

Wenn getroffene Hunde bellen, dann müssen die Herren in den Chefetagen der Hoechst AG sehr getroffen sein. „Rufmord am Main“ lautete die reißerische Überschrift der ‚Nachbarschaftszeitung‘ „Blick auf Hoechst“, bei der Hugo Jung, Chef der hiesigen CDU-Fraktion maßgebend mitarbeitet. Diesmal wurde die Zeitung in einer riesigen Auflage von 640.000 Exemplaren, also mehr als doppelt soviel wie sonst üblich, rings um die Farbwerke Hoechst verteilt. Es geht daher nicht um Kleinigkeiten, das haben die Herren Direktoren und ihre Meinungsmacher sehr genau erkannt und mit Bedacht gewichtige Worte gefunden und viel Papier damit bedruckt.

Aber, auch mit der doppelten Druckerschwärze wäre nicht zu vertuschen, daß die Hoechst AG den Main vergiftet und die Menschen, die daraus Trinkwasser gewinnen, gefährdet. Dafür gehören die Direktoren auf die Anklagebank.

Wissenschaftler stellen in Rhein und Main einen hundertprozentigen Anstieg der chemischen Schadstoffe fest.

Amtliche Messungen vor den Einleitungsrohren der Hoechst AG ergeben, daß diese für die schwerwiegenden Verschmutzungen des Wassers verantwortlich ist.

Bei den Schadstoffen handelt es sich unter anderem um die krebserregenden Stoffe Benzol und Chloroform und um nervenschädigenden Tetrachlorkohlenstoff, die seit Monaten in den Main eingeleitet wurden.

Die Hoechst-Direktoren bestreiten jede Verantwortung und behaupten, die Firma leite keine giftigen Abwässer ein. Mit wortreichen und sich widersprechenden Erklärungen wird versucht, die wahren Sachverhalte zu vertuschen:

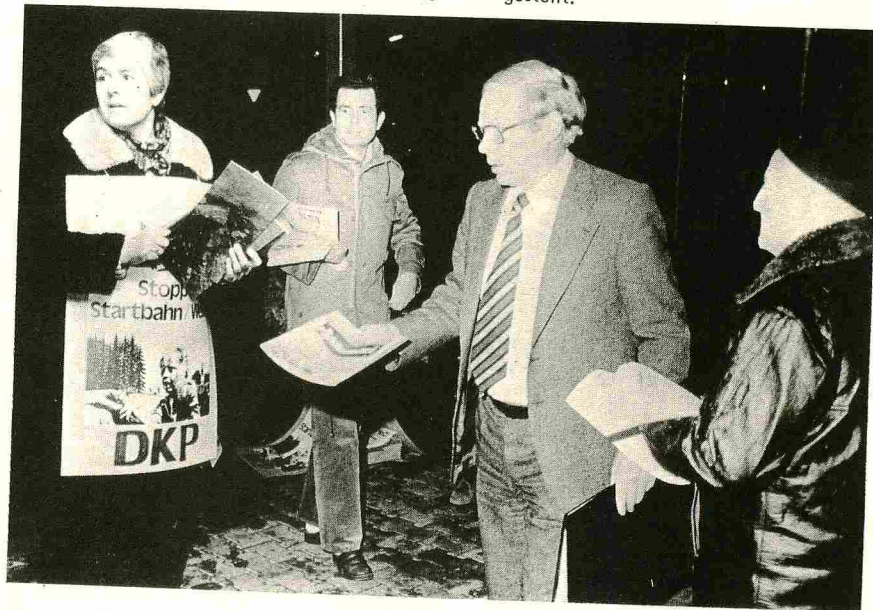
1. Was ‚giftig‘ zu nennen ist, müsse überhaupt erst einmal definiert werden, behauptet ein Firmensprecher.
2. Umweltschutz-Chef Trobisch leugnet zunächst gänzlich, daß von Hoechst aus überhaupt die Organochlorverbindungen in den Main gelangen konnten. Später gibt er zu, daß solche Stoffe an der Kläranlage vorbei in den Fluß geleitet wurden, allerdings „in einer nicht giftigen Konzentration“. Gleichzeitig wird erklärt, daß eine Klärung dieses doch so ‚ungiftigen‘ Wassers durch die hoch gelobte Bio-Kläranlage eine verfahrenstechnische Umstellung notwendig

mache, die offensichtlich so ohne weiteres nicht möglich ist und an der Forschungsgruppen über längere Zeit arbeiten müssen. Fazit: Der Untermain ist das schmutzigste Gewässer Hessens. Das Leben im Fluß und das Trinkwasser von vielen Menschen ist gefährdet. Verantwortlich dafür sind die Direktoren der Hoechst AG, die für ihre Profite unsere Umwelt zerstören.

Die CDU weiß nichts Besseres, als den hessischen Umweltminister Görlach anzugreifen, der versagt habe und nimmt dabei die Herren der Hoechst AG in Schutz. Demgegenüber hat Görlach zumindest ein Bewußtsein über die Ausmaße des Problems, wenn er das „eklatante Ungleichgewicht“ beklagt, das in den Auseinandersetzungen über den Schutz unserer Umwelt zwischen den Behörden und der Großindustrie besteht.

In der Tat müssen hier erheblich wirkungsvollere Kontrollmaßnahmen ergriffen und erheblich schärfere Strafen für Verstöße gegen die Umweltschutzgesetze ausgesprochen werden, wenn der Willkür der Konzerndirektoren Einhalt geboten werden soll.

Um die gesamten Ausmaße des jüngsten Umweltskandals aufzuhellen und die wirklichen Verantwortlichen deutlich zu machen, hat der Bezirksvorsitzende der DKP-Hessen, Sepp Mayer, Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Farbwerke Hoechst AG gestellt.



Der Hessische Umweltminister Görlach in der Walldorfer Stadthalle. Die DKP verteilte Flugblätter gegen die Mainvergiftung durch die Farbwerke Hoechst.

HAUSHALT 1980

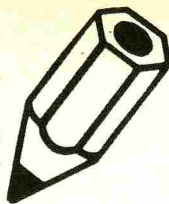
Anträge der DKP für die arbeitende Bevölkerung, für die Jugend

Die DKP-Fraktion hat zum diesjährigen Haushaltsplan einige Anträge eingebracht. So soll der vorgesehene Ansatz für Stadtgestaltung und Denkmalschutz in Höhe von DM 50.000 so erhöht werden, damit im Jahre 1980 eine Sanierung des Gebäudes Gaststätte „Zur Krone“ in Angriff genommen werden kann. Ein weiterer Antrag sieht die Einrichtung eines Kinderhortes in Walldorf vor. Nach Meinung der DKP sollte man hier die guten Erfahrungen im Kinderhort Mörfelden nutzen. Auch die seit Jahren von der DKP geforderte Kinderkrippe steht in diesem Jahr wieder auf der Tagesordnung. Diese Einrichtung, die es alleinstehenden bzw. bedürftigen Müttern erlauben würde, einer Berufstätigkeit nachzugehen, ist notwendig und zeitgemäß. Aufgegriffen hat die DKP-Fraktion die Forderung der Jugendlichen im Jugendzentrum Mörfelden, den grossen Saal durch eine Trennwand besser auszunutzen. So könnte der Raum mangel etwas behoben werden. Auch in Walldorf muß sich in Sachen Jugendzentrum endlich etwas ändern. Das jetzige Jugendzentrum ist zu klein, eine befriedigende Jugendarbeit ist nicht gewährleistet. Die DKP fordert daher die Planung und Errichtung eines neuen Jugendzentrums. Im Stellenplan hält die DKP die Schaffung einer Zivilschutz-Sachbearbeiterstelle für unnötig. Stattdessen sollte man einen weiteren Sozialarbeiter einstellen. Dies vor allem im Hinblick auf Aufgaben im Kinder- und Jugendbereich.

Eine Anregung der DKP-Fraktion

In einem Brief an den Magistrat regt die DKP-Fraktion an, für Trauerfeiern auf dem Friedhof weitere Musik-Kassetten zur Verfügung zu stellen. Man hatte nämlich festgestellt, daß bei den angebotenen 24 Musikstücken allein 18 religiöse Motive waren. Im Brief wird vorgeschlagen, für den konfessionslosen Teil der Bevölkerung, Themen der Klassiker, wie Schubert, Beethoven und Brahms, sowie einige Motive aus der Arbeiterbewegung aufzunehmen.

kurz notiert



„Skandälchen?“

Während der Stadtverordnetenversammlung kritisierte die DKP-Fraktion, daß bereits 1976 die Stadt DM 26.375 an die Druckerei Winter in Darmstadt bezahlt hat, wo die Chronik der Stadt Mörfelden entstehen soll. DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler sagte dazu u.a.: „Bei allem Verständnis für die komplizierte, bekannte Situation, scheint sich doch in Sachen Chronik ein mittlerer Skandal abzuzeichnen. Wenn wir schon damals der Druckerei eine solche Anzahlung machten, und heute noch nichts in der Hand haben, dann ist das zumindest ungewöhnlich“. Flugs meldete sich darauf der Bürgermeister zu Wort und meinte: „Ein Skandal ist es nicht, höchstens ein Skandälchen“. Na ja – da kann man anderer Meinung sein.

Das alte Lied – „Kein Geld!“

In der „Frankfurter Rundschau“ konnte man jetzt lesen, daß die Verbraucherberatung in Rüsselsheim sich ausgezeichnet bewährt habe. Alle Kreispolitiker haben ihr zum 10-jährigen Bestehen gratuliert. Für den Verbraucher sei sie außerordentlich hilfreich und nicht mehr wegzudenken. Genau eine solche Verbraucherberatung wollte auch die DKP-Fraktion für unsere Stadt. Am 13.2.1978 wurde der DKP-Antrag auch beschlossen, aber jetzt wur-

de der Wunsch abschlägig beschieden. Das Hessische Wirtschaftsministerium sei nicht mehr bereit, weitere Mittel zu bewilligen. Das alte Lied, wir leben zwar in einem reichen Land, aber wenn wirklich mal was für die Interessen der Arbeiter und Angestellten getan werden soll, wird geknausert.

Abgefault

In einem Brief an den Magistrat bittet die DKP-Fraktion, daß die Schilder am Mörfelder Trimpfad wieder aufgestellt werden. Bei vielen Schildern sind die Pfähle abgefault. Leider sind einige auch mutwillig zerstört worden.

Frauen-Café der DKP

JANUAR

30

MITTWOCH
* um 20 Uhr

diesmal:

„Kinder + Gesundheit“
mit Kinderarzt
Dr. Mörschel, Fkm. -

Im Ev. Gemeindesentrum



Der Trend zum Supermarkt scheint unaufhaltsam. Auch in Mörfelden gibt es wieder ein „Lädchen“ weniger. Waltraud Träger (unser Bild) in der Hochstrasse gab zum Jahreswechsel den Lebensmittelladen auf, der eine lange Tradition hatte. Schon 1923 wurde das Geschäft gegründet. Damals wurde die Milch noch am Bahnhof geholt und mit dem Fahrrad ausgefahren.

„Es geht nicht mehr!“

29 Sozialdemokraten traten aus ihrer Partei aus

Am 20. Dezember 1979 erklärten 29 Sozialdemokraten aus dem Kreis Groß-Gerau ihren Austritt aus der SPD. Ihre Austrittserklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der SPD-Bundesparteitag vom 3. — 7. Dezember 1979 in Berlin hat sich auf massives Drängen von Helmut Schmidt und seiner im Vorfeld geäußerten Rücktrittsdrohungen auf ein sogenanntes Nachrüstungskpaket festlegen lassen, das den Wahnsinn des Wett-rüstens bis zum Exzess weitertreibt. Die Bundesrepublik macht sich damit neben den USA zum Wortführer einer aggressiven Militärpolitik, wobei kleinere NATO-Partner, die sich einem weiteren ständig steigenden Wett-rüsten widersetzen und eine Stationierung der Mittelstreckenraketen in ihrem Land ablehnen, unter Druck gesetzt werden. Verhandlungen mit der Sowjetunion werden dadurch erschwert, die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen beiden Blöcken immer bedrohlicher. Mit diesem Aufrüstungsbeschluß macht die SPD ihre eigene Entspannungspolitik unglaubwürdig.

Entgegen den berechtigten Ängsten vieler Bürger und den Warnungen maßgeblicher Wissenschaftler wurde auf dem Berliner Parteitag der weitere Ausbau der sog. friedlichen Atomenergie beschlossen. Bisher war der Nachweis einer gesicherten Entsorgung der bereits in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke und die Endlagerung der lebensgefährlichen radioaktiven Abfälle die unabdingbare Voraussetzung der SPD für die Baugenehmigung weiterer Atomanlagen. In Berlin aber setzten die Sozialdemokraten auf Druck der Atomlobby die Entscheidungshürde so weit herunter, daß bereits die Genehmigung für den Bau eines Zwischenlagers als ausreichend gilt. Da bleibt nichts mehr übrig von dem Anspruch des Parteita-ges „Sicher in die 80er Jahre“, ganz zu schweigen von der Augenwischerei der SPD, bei ihr hätten Umweltschutz und Lebensqualität Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

Für die Entwicklung und den Ausbau der Atomenergie wurden aus Steuermitteln über 20 Milliarden DM investiert, für die Erforschung und Entwicklung alternativer Energieträger und für einen rationelleren Einsatz von Energie aber nur ein lächerlicher Bruchteil dieser Summe.

Der Fall der parteieigenen „Hamburger Morgenpost“ — bei dem es beinahe zum Verkauf an den größten Gegner der SPD, den Springer-Konzern, gekommen wäre — hat offen zutage treten lassen, daß diese SPD-Führung nicht mehr in der Lage ist, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Das Handeln des Bundesschatzmeisters Halstenberg gleicht dem eines Plantagenbesitzers im Amerika des 19. Jahrhunderts und erinnert an frühkapitalistische Zeiten. Wie kann eine Partei gegen Arbeitslosigkeit kämpfen und selbst Arbeitslose produzieren?

Die Funktionärskaste der Partei ist nicht mehr in der Lage, die Interessen und Positionen des kritischen und wachen Bürgers zu vertreten. Die SPD ist zu einem Kanzlerwahlverein verkümmert und zu einer reinen Machterhaltungspartei geworden. In Windeseile wurden rechtsstaat-

liche Prinzipien geopfert, um die Machtstrukturen zu festigen. Das Programm der Reform-SPD „Mehr Demokratie wagen“ endete im Radikalerlaß mit den Berufsverboten. Wir sind auf dem direkten Weg zum perfekten Schnüffel- und Überwachungsstaat, in dem selbst Betriebsräte und Vertrauensleute vom Verfassungsschutz überprüft werden.

Seit der Rezession 1973 — 1974 hat sich die SPD offensichtlich zum Fürsprecher von Unternehmerinteressen gemacht. Die lange Liste der Negativbeispiele reicht von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, über steigende Konkurszahlen, fehlende umfassende Mitbestimmung, bis hin zu Steuerentlastungen und Subventionen in Milliardenhöhe für Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen auf Kosten der

abhängig Beschäftigten. Die Unternehmergewinne dagegen und neuerdings auch wieder verstärkt die Preise klettern unkontrolliert in die Höhe.

Hinzu kommt das selbstherrliche und unehrliche Verhalten von SPD-Politikern, insbesondere das von Ministerpräsident Börner, z.B. bei der Durchsetzung der Ausbaupläne des Rhein-Main-Flughafens, der Erweiterung der Atomanlagen in Biblis und anlässlich der Vorlage des Standortsicherungsplanes für große Wärmekraftwerke in Hessen. Die Hoffnung, mit Willy Brandt am Anfang der 70er Jahre einen Aufbruch zu einer menschlicheren Zukunft anzutreten, zer-rann am Widerstand innerhalb und außerhalb der Partei. Es ist eine erschreckende Situation, feststellen zu müssen, daß durch die Aufgabe dieser Reformpolitik die Unterschiede zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien immer geringer geworden sind und sich heute in für uns lebenswichtigen Bereichen total aufgehoben haben. Die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie wird dadurch in Frage gestellt.

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, können nicht länger mit unserer Mitgliedschaft eine Politik tragen, die wir für verhängnisvoll und gefährlich für die weitere Zukunft halten.“

Die „Grünen“ — Kein Ausweg!

Im Kreis Groß-Gerau, wo starke Bürgerinitiativen bestehen, wo es in der SPD seit Jahren unübersehbare oppositionelle Strömungen gibt, wo gerade 29 Sozialdemokraten aus der Partei ausgetreten sind, gibt es zahlreiche Bürger, die mit den „Grünen“ liebäugeln.

Die „Grünen“ selbst bezeichnen sich als „Alternative zu den herkömmlichen Parteien“. Ihr Karlsruher Gründungskongreß dagegen unterstrich noch einmal eindringlich, wie trügerisch angedichtete Begriffe sein können.

Nein, auch nach Karlsruhe bleiben die „Grünen“ eine Scheinalternative. Nicht nur die eigenen Aussagen widerlegen ihre Beteuerung, sie wären der „parlamentarische Arm“ der Bürgerinitiativen Umweltschutz. Beiträge von Bürgerinitiativen, Berichte von Bürgeraktionen waren auf dem Kongreß nicht zu hören. Statt inhaltlicher Auseinandersetzungen bot sich dem Besucher eine zweitägige Dauerrangelei um Machtpositionen.

So war es dann auch nicht verwunderlich, daß „Die Grünen“ programm- und kopflos blieben: Die Verabschiedung eines Programms und die Wahl eines Vorstands wurden bis März verschoben. Um das Rednerpult tummelten sich Ultrakonservative wie Haußleitner und Gruhl oder Pseudo- und Ultralinke wie Bahro und Maoisten aller Couleur, die sich lediglich in ihrem bekannten Antikommunismus und in der Technikfeindlichkeit einig waren.

Statt Partei scheinen die „Grünen“ eher ein Wahlverein zu sein, in dem schon jetzt führende Leute auf ihre Etablierung in Bundestagsesseln schießen. Und gerade die — egal welchem Teil des Sammelsuriums unterschiedlicher Meinungen sie nun angehören — sollen die Interessen besorgter Bürger, von

der Politik der „etablierten“ Bundestagsparteien enttäuschter Menschen, vertreten? Auch die zeitweiligen Wahlerfolge der „Grünen“ dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Versuch, die wichtige Umweltschutzbewegung umzufunktionieren, den Interessen der Bürgerinitiativen widerspricht. Bürgerinitiativen leben von der gemeinsamen Aktion unterschiedlicher politischer Kräfte. Sie sind ein Bündnis, das nur solange wirkungsvoll agieren kann, solange es seine Führer in viele politische Lager — bei Zurückstellung unterschiedlicher Auffassungen in anderen Fragen — ausstreckt. Wird ein solches Bündnis Partei — verliert es an Breite und Durchschlagskraft. Gerade in unserem Kreis Groß-Gerau, in dem sich die Umweltprobleme häufen, brauchen wir starke überparteiliche Bürgerinitiativen. Es gibt keinen anderen Weg.

JEDER
der die Gesellschaft
verändern,
den Sozialismus will,

gehört in die

DKP

**Zur
Diskussion
gestellt**

Alle Bürger von Mörfelden/Walldorf
sind herzlich eingeladen.

DKP-MÖRFELDEN/WALLDORF

Was ist in Afghanistan wirklich los?
Wollen die Russen Krieg?
Handelskrieg, Olympia-Boykott –
dreht Carter durch?

Afghanistan

Ende der Entspannungspolitik?

Öffentliche Versammlung

mit Sepp Mayer, Bezirksvorsitzender
der DKP-Hessen

Freitag, 1. Februar 1980, 20 Uhr
Bürgerhaus, Mörfelden



Mörfelden gestern

Als die Kalbsgasse noch Sackgasse war. Auch Mörfeldens Sackgassen, es gab ursprünglich 3 davon, die Kalbsgasse, die Dreihäusergasse und das „Eck“, haben ihr ursprüngliches Gesicht verloren. Unser heutiges Bild, etwa 1935, am Ende der Kalbsgasse aufgenommen, zeigt außer der großen Kinderschar und den 3 zuschauenden Müttern, noch die alten Häuser, das bucklige Straßenpflaster und die unbefestigten Bürgersteige. An den Häusern sieht man, daß arme Leute darin wohnten. Es war sicher nicht immer Geld für Farbe übrig, um die Fensterläden zu streichen und um den Verputz auszubessern. Der 1. Weltkrieg mit all seinen Folgen, war zwar schon 17 Jahre vorbei, aber in der Zwischenzeit gab es Inflation, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und die furchtbare Zeit des Faschismus war gerade angebrochen. Der zweite Weltkrieg warf bereits seine Schatten voraus und die arbeitende Bevölkerung hatte immer am meisten unter all dem zu leiden.